

Cibeter 2016

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbiläge „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 Mf., monatlich 70 Pf.

**Redaktion und Geschäftssitzes
Johannisstraße Nr. 46
Telegraphen-Nr. 926.**

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltenen Petitionen oder deren Kamm 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., ausdrückliche Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größeres früher, in der Expedition abgegeben werden.

Mr. 297.

Montag, den 20. Dezember 1915.

22. Jahrg.

Kreditvorlage und Sozialdemokratie

d. v. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Beratungen über die neue Kreditvorlage der Regierung vollendet und ist zu dem Ergebnis gelangt, dieser Vorlage wie den früheren Kriegskrediten ihre Zustimmung zu geben. Aber eine ansehnliche Minderheit ist, wie die schon mitgeteilten Stimmenzahlen zeigen, abweichender Ansicht gewesen.

Die Fraktion hat durch ihre Friedensinterpellation, durch die von heiklem Friedenswillen erfüllten Reden ihrer beauftragten Vertreter Scheidemann und Landsberg weitgehende Einmütigkeit in der brennendsten Frage der Gegenwart und der nächsten Zukunft gezeigt. Die Fraktion ist sich einig, daß sie alles zu tun hat, was geeignet ist, das beispiellose und mit seiner langen Dauer alle beteiligten Völker immer mehr mit Unheil bedrohende blutige Kriegen zu einem endlichen Abschluß zu bringen. Darin aber besteht die Meinungsverschiedenheit, ob eine ablehnende Stellungnahme zu den Krediten ein geeignetes Mittel sein könne, um das von allen erstrebte Ziel zu erreichen. Die Minderheit ist dieser Ansicht, die Mehrheit ist der gegenteiligen Auffassung.

Bon der Minderheit wird gesagt, die Politik der Mehrheit habe noch immer den Frieden nicht gezeigt. Also sei diese Politik verschliss, und es müsse eine andere Politik eingeschlagen werden. Diese Beweisführung ist aber eine durchaus irrtümliche. Es liegt natürlich vor aller Augen, daß der ersehnte Erfolg nicht erzielt worden ist. Aber keiner, der mit klarem Blick die Ereignisse dieser schweren Zeit betrachtet, kann behaupten wollen, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie trage davon auch nur zum kleinsten Teile die Schuld. Auch der Papst in Rom, auch die neutralen Staaten, auch alle wohlmeinenden Philanthropen waren nicht imstande, das Ende des Krieges herbeizuführen. Kann die Minderheit unserer Partei sich ernstlich der Einbildung hingeben, daß die von ihr vorgeschlagene Stellungnahme in ehr Erfolg gehabt hätte oder haben könnte? Auf wen soll denn die Ablehnung der Kredite Eindruck machen, doch er zum Friedensschluß geneigt gemacht werde? Etwa auf die deutsche Regierung? Aber die deutsche Regierung hat sich schon vor Monaten, als die Kriegslage für Deutschland viel weniger günstig war, zu Verhandlungen mit den gegnerischen Mächten erbölig gezeigt. Sie hat in neuerer Zeit diese Bereitwilligkeit wiederholt beträftigt, und in der Beantwortung unserer Interpellation hat der Reichskanzler geradezu feierlich vor aller Welt erklärt, daß er jede Verantwortung für die Fortsetzung des Unheils auch nur um einen Tag ablehne, daß er allezeit bereit sei, über den Frieden zu diskutieren.

Welchen Eindruck aber würde die Ablehnung der neuen Kredite durch die deutsche Sozialdemokratie im Auslande hervorrufen? Würde das Ausland auf diese Weise friedensbereit gemacht werden? Die wirkliche Meinung der gegnerischen Staatsmänner über die Möglichkeit der Kriegsbeendigung ist gegenwärtig nicht klar erkennbar. Die Asquith und Brixton schwelgen nicht mehr in so eroberungslüftiger Theatralik wie die gewesenen Churchill und Viviani. Aber noch immer redet sie von der Fortführung des Krieges

aber noch immer leben sie von der Fortdauerung des Krieges mindestens bis zur „Befreiung von Elsaß-Lothringen“. Asquith erklärte: „Ich will den Krieg gewinnen.“ und England arbeitet sieberhaft mit Rekrutierungen und Munitionsherstellung. Briand verkündete die Lösung: „Frieden durch Sieg“ und auch der russische Gor'jewski sagte stolz: „Der Augenblick wird bald da sein, wo Russland mehrere Millionen Mann nach der Front senden kann. Das wird dann Deutscher Landes Ende sein.“ Auch wenn man annimmt, daß in den Worten der gegnerischen Staatsmänner ein gut Stück Prahlerie und Ermunterungstaktik für die eigenen müden Völker steht, auch wenn man die Drohungen mit den neuen Armeen Englands und Russlands nicht zu fürchten braucht, so ist doch jedenfalls eine Friedenssicherheit auf der

ebenfalls eine Friedensbereitschaft auf der gegnerischen Seite leider noch immer nicht festzustellen. Nicht nur bei den Regierungen ist sie nicht festzustellen; auch bei den Sozialisten und Arbeiternparteien ist sie nicht zur Geltung gekommen — nicht entfernt so, wie sie von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands stets zum Ausdruck gebracht wurde. Die französischen Sozialisten haben bis zur jetzigen Stunde jede Verhandlung mit den deutschen Sozialisten rundweg abgelehnt. Sie muten uns zu, die Kredite zu verweigern und uns „gegen den Krieg aufzufechten“, während sie selbst bis in die neueste Zeit nicht in die Kredite bewilligten, Elsaß-Lothringen forderten und der Regierung Briand Vertrauensvoten aussprachen. Wenn die Kreditverweigerung eine Demonstration gegen die immer weitere Fortführung des Krieges bedeuten soll, so müßte sie — diese Forderung haben wir stets gestellt und müssen wir stellen — innerstädtisch durchgeführt werden, gleichzeitig und in annähernd gleicher Stärke in den hauptbeteiligten Staaten. Die Mehrheit unserer Fraktion ist der Überzeugung, daß die einseitig bei uns erfolgende Kreditablehnung unfehlbar das Gegenteil dessen erreichet hätte, was die Minderheit wünscht: nämlich Frieden.

dass in Deutschland der innere Zwist mächtig auflodere. Die überall im Auslande verbreitete Legende, Deutschland sei bald am Ende seiner Kraft, würde den Schein der Bestätigung finden, und überall draußen würde der Ruf erschallen: Nun erst recht nieder mit den Deutschen, denen schon der Atem ausgeht! So würde der Krieg nicht abgekämpft, sondern ins Unabschbare ausgedehnt werden.

Die Verantwortung für eine derartige Wirkung ihres Verhaltens kann die sozialdemokratische Fraktion unmöglich auf sich nehmen. Wir haben die Pflicht — wie wir es seit Kriegsausbruch programmatisch ausgesprochen haben —, die Mittel zu bewilligen, bis die feindlichen Mächte bereit sind, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wir bewilligen diese Mittel nicht, wie gleichfalls immer wieder von Minderheitsseite gesagt wird, „aus Vertrauen zur Regierung“, wir bewilligen sie dem deutschen Volke, dessen Leben gesichert werden muß gegen die noch andauernden Bedrohungen, wir bewilligen sie unsern Brüdern und Kameraden, die draußen im Felde unermäßliche Opfer im Dienste der Gesamtheit darbringen.

Von der Minderheit unserer Fraktion ist aber noch eingewendet worden, daß auch die Eroberungspläne der deutschen Regierung und der bürgerlichen Parteien Schuld an dem Nichtzustandekommen von Friedensverhandlungen tragen. Gegen diese Eroberungspläne müsse protestiert, vom ihnen müsse abgerückt werden. Hierzu ist zunächst zu sagen, daß unsere ganze Fraktion im Protest gegen Eroberungspläne, wie sie von gewissen Parteien und wirtschaftlichen Verbänden geäußert worden sind, völlig einig ist. Scheidemann hat diesen Protest soeben wieder mit allem Nachdruck erhoben. Wir können aber nicht erkennen, daß wir durch Kreditaufnahme etwas gegen Eroberungspläne austrichten würden. Vielmehr würdet wir ohne Zweifel dann erst recht die höchsten Annexionisten zur Macht befördern und ihnen die Regierung völlig in die Hände liefern. Es ist fürwahr gar nicht unbedenklich, daß in der Besprechung der letzten Rede des deutschen Kanzlers die Pariser „Humanité“ schrieb: er (der Kanzler) würde sich mit einem bescheidenen Frieden begnügen, weil er die wahre Lage Deutschlands kenne. Soll die sozialdemokratische Fraktion in diesen schweren Zeiten dem Reichskanzler unabsehbare Schwierigkeiten bereiten, der — wenn wir auch seine Stellung in der Friedensfrage noch ganz anders wünschen, also sie ist — als erster unter allen Staatsmännern der kriegsführenden Länder erklärt, er sei jede Stunde bereit, über den Frieden zu diskutieren? Sollen wir denjenigen Freude bereiten, die eine viel schärfere Drausgängerpolitik ver-

Es braucht allerdings auch nicht verschwiegen zu werden, daß in unserer Fraktion über das Problem der „Münzreformen“ eine Meinungsverschiedenheit besteht. Einige

glauben, dieses ganze Problem mit der einfachen Formel gelöst zu haben: „Gegen Annexionen“. Andere aber sind der Ansicht, daß der gewaltige Weltkrieg alle Dinge so ungeheuerlich in Fluss gebracht hat, daß gerade auch eine revolutionäre Partei unmöglich mit dem konservativen Grundsatz des status quo — alles soll genau so wieder hergestellt werden, wie es zuvor gewesen ist — auskommen kann. Wir wollen keine Vergewaltigung eines anderen Rosses, keine Einner-

keine Vergewaltigung eines unterdrückten Volkes, keine Einverleibung volksfremder Gebiete. Wir wollen nicht einen Friedensschluß, der den Keim zu neuen Konflikten in sich trägt. Wir wollen alles tun, damit ein Zustand Europas geschaffen werde, der den Ausgleich der Interessengegensätze und freundlich-nachbarliches Zusammenleben der Kulturoölter in Aussicht stellt. Es wird die denkbare schwerste Aufgabe sein, dieses Ziel zu erreichen, insbesondere auch den Friedensaustausch der Vernunft zwischen England und Deutschland zu erzielen. Wer an diesem Werke arbeiten will, kann unmöglich mit dem einfachen Wort „gegen Annexion“ alles erledigt ansehen. Es braucht nur gefragt werden: Wer ist ernstlich der Meinung, daß Russland unbedingt jedes Quadratkilometer Land unter sein despatisches Regiment zurückzuhalten muß? Wer will den Anspruch der Bulgaren auf Mazedonien ohne weiteres von der Hand weisen? Jeder, der die großen Probleme, die der Weltkrieg aufgeworfen hat, nur einigermaßen ins Auge faßt, wird zugestehen, daß es die Aufgabe der Sozialdemokratie ist, einem Frieden anzustreben, der ohne Vergewaltigung irgend einer Nation die Neugestaltung Europas herbeiführt.

Das Echo, das die Friedensinitiative unserer Fraktion im Auslande erweckt hat, ist allerdings anscheinend noch kein günstiges. Gleichwohl dürfen wir bei den großen Schwierigkeiten, die hier vorliegen, nicht die Zuversicht sinken lassen. Die deutsche Friedensdebatte wird dem Senior der schweizerischen Sozialdemokratie, unserm alten verehrtesten Freunde Greulich, gute Anknüpfungen bieten, wenn er, wie angekündigt, demnächst im Nationalrat zu Bern aussordnet wird, der Bundesrat sollte allein oder zusammen mit den Regierungen anderer Länder den Kriegsführenden seine guten Dienste anbieten zur baldigen Herbeiführung eines Waffenstillstandes und Einleitung von Friedensverhandlungen. Mit Spannung dürfen wir diesen Beratungen entgegensehen. Selbst Herr Asquith hat jüngst eine Erklärung abgegeben, die mehr als zuvor eine gewisse Geneigtheit zu Verhandlungen erkennen lässt. Wenn nur erst einmal die Vertreter der streitenden Mächte sich an den Tisch der Verhandlungen setzen werden! Dies ist der Weg, auf dem die leidende Menschheit sich vorwärts zu tasten versuchen muß. So kann die Hoffnung erhalten bleiben, daß wir dem ersehnten Ziele näherkommen werden. Aber von der bloßen Kreditablehnung wäre keinerlei Nutzen für den Frieden, vielmehr die Gefahr noch riesigerer Schäden zu befürchten.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die gesetzige amtliche Meldung von der Versenkung des deutschen Kreuzers „Bremen“ und eines seiner Begleittorpedoboote in der Ostsee durch englische Unterseeboote hat überall lebhaftes Bedauern hervorgerufen, besonders natürlich an der Wassertante, die wohl den größten Teil der Mannschaften unserer Marine stellt. Zu hoffen ist jedoch, daß der schmerzliche Verlust an Menschenleben sich nicht allzu hoch stellt, da ja ein erheblicher Teil der Besatzung gerettet werden konnte. Die Kampfkraft der deutschen Flotte erschütt durch den Verlust der „Bremen“ keine Einbuße von irgendwelcher Bedeutung.

Die englische Flotte, deren Meeresbeherrschung von den Alliierten in allen ihren Sprachen verkündet wird, war nach einem Bericht der deutschen Admiralität in der Nordsee von deutschen Streitkräften in letzter Zeit wieder vergeblich gesucht worden. Vorsicht erscheint ihr jedenfalls als der bessere Teil der Taktik.

Mittlerweile mehren sich die Klagen über englische UebergriFFE gegen die Neutralen. So ist jetzt nach der schwedischen auch die dänische Paketpost nach Amerika von den Briten beschlagnahmt worden. Das hat sowohl in Dänemark als auch in Amerika Verstimmung erzeugt, aber das letzteres Land nur klein und Wilson auf der Hochzeitsreise begriffen ist, so wird wohl nicht viel dagegen unternommen werden.

werden. Im englischen Oberhaus beschäftigte man sich am 16. Dezember mit dem englisch-dänischen Handelsabkommen. Lord Portsmouth sagte bezüglich des Handelsabkommens mit Dänemark, er entnahme aus einer Abschrift des Abkommens, daß Dänemark Tee, Kaffee, Kakao, Biskuits, Mafkaroni, Soda, wollene, baumwollene und leinene Tüche, Stahl, Eisen, Maschinen, Werkzeuge nach Schweden und Norwegen reexportieren dürfe. Die Artikel, die in unbegrenzten Mengen nach Deutschland exportiert

werden dürfen, umfassen Streichhölzer, Zederwaren, Malz, Kaffee, Schokolade, Tee, frische und getrocknete Früchte, Frauenkleider, Kinderkleider und Uhren. Der Redner grüßt das Foreign Office an, das die Deutschen mit Nahrungsmitteln versorge, die den britischen Arbeitern entzogen würden. Das Abkommen habe einen auerfreulichen Finanzgeruch. Der Redner forderte die Veröffentlichung des Abkommens. Lansdowne erklärte, die Regierung beharre bei dem Entschluß, das Abkommen nicht zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung würde vom Feinde ausgenutzt, der auf Dänemark einen Druck ausüben könne. Die Veröffentlichung würde auch die Bekanntmachung des Abkommens mit dem holländischen

die Deutung und Ausdeutung des Abkommenes mit dem neutralen
Overzeestrust, der Schweizer und anderer Körperschaften zur
Folge haben. England versölge die Politik, solche Abkom-
men abzuschließen, und ein Abschluß vorteilhafter Abkommen
sei unmöglich, wenn alle bekannt wären. Der Inhalt dieser
Abkommen beschränkte nicht Englands Rechte als kriegs-
führende Macht. England wünsche aber, den Neutralen die
Unbequemlichkeiten der Blockade möglichst zu erleichtern. Es
gäbe kein größeres Unglück, als wenn England in dem
Augenblick, wo alle Kräfte des Feindes dagegen gerichtet
sind, alle Neutralen gegen sich hätte. Wenn keine solchen Ab-
kommen beständen, wäre England außerstande zu verhindern,
dass der Feind durch Neutralen unbegrenzte Mengen Vorräte
erhalten würde.

Recht energisch zeigen sich die Vereinigten Staaten von Amerika gegen Österreich-Ungarn, wenn sie es anscheinend auch nicht zu einem vollständigen Bruch kommen lassen wollen. So wird der „Frankft. Zug“ von ihrem Neuhörter Vertreter telegraphiert: Hier herrscht die Ansicht, der „Ancona“-Fall werde trotz der in der österreichisch-ungarischen Marinaleitung herrschenden Stimmung beigelegt werden. Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger Przedesges wird aus Kairo „wieder holen“, weil der ab-

seine Botschafter Dr. Dumba die Verantwortung für alles, was er getan hat, übernommt. Auch in der Angelegenheit der "Lusitania" besteht gute Ausicht auf eine Versöhnung. Eine Washingtoner Meldung der "Associated Press" besagt, dass Präsident Wilson und das Kabinett haben über die österreichisch-ungarische Antwort auf die amerikanische Note beraten. Von maßgebender Stelle verlautet, dass noch keine Entscheidung darüber getroffen worden ist, wie die neue Note gehalten sein soll, die die Vereinigten Staaten an Österreich-Ungarn absenden werden. Es steht jedoch fest, dass diese Note ohne Verzug ausgearbeitet werden soll. Man nimmt an, dass die nächste Note nachdrücklicher auf ihren Forderungen basieren werde als die erste, doch werde sie weiteren diplomatischen Särgenverkehr zwischen den beiden Regierungen nicht unmöglich machen, falls Österreich-Ungarn auf dem Weg beharrt wolle, den es offenbar einzuschlagen entschlossen ist. Es wurde weiter erklärt, dass die Vereinigten Staaten den Wunsch haben, Österreich-Ungarn jede Gelegenheit zu geben, die diplomatischen Beziehungen mit Amerika aufrecht zu erhalten.

Im italienischen Senat ist es am 16. Dezember zu lebhaften Erörterungen gekommen, die davon zeugten, dass sich auch in Rom allmählich eine Ernüchterung bemerkbar zu machen beginnt. So forderte der Senator Corzolotti für das Parlament das Recht auf Prüfung der ausführenden Gewalt und fügte hinzu, dass es in einem Lande, das wie Italien konstitutionell regiert werde, nötig sei, dass die großen politischen Akte, wie die Abschlüsse und Abtretungen von Bündnissen, nicht einer vorausgehenden Prüfung seitens der Nationalversammlung entzogen werden. Die beiden wichtigsten Dokumente der auswärtigen Politik, das Grünbuch und die letzte Rote Sennino, hätten bewiesen, dass abgesehen von der Kriegserklärung, die als bereits beschlossen und unvermeidlich vorgelegt worden sei, kein einziger entscheidender und grundlegender Akt, modus das Schicksal des Landes festgelegt wurde, vorher dem Beschluss des Parlaments unterbreitet worden war. Corzolotti beschuldigt die Regierung, die Verantwortlichkeit, die dem Parlament zustehe, auf sich genommen zu haben, um sie später auf das Parlament abzutragen. Vom Krieg, den der König als einen nationalen Erfüllungskrieg bezeichnete, gingen wir zu weiteren Kriegserklärungen über, wodurch unsere Lage auf Grund der Umoedungen mit den Alliierten immer enger mit denjenigen der kriegsführenden Mächte verschlungen wurde. Die letzte und wichtigste dieser Umoedungen, nämlich die Beteiligung am Londoner Vertrag, wurde am Vorabend der Kammeröffnung unterzeichnet und von dem Minister des Innern gleichzeitig mit einem andern wichtigen Beschluss, nämlich der italienischen Expedition nach Albanien zur Unterstützung Serbiens, verfügt. Die Regierung ging also vor, wie Redner aus, indem sie die ungewöhnliche Verantwortlichkeit auf sich nahm, das Schicksal und die Zukunft des Landes auf sich legte und die verantwortlichen Fragen vom Parlament fernhielt, das nur davon zu hören befam, als sie bereits nicht mehr diskutierbar waren und sie schon zur Tat gebracht waren. Ein anderer Senator, Matteoni, beflog, dass die Bedeutung der italienischen Sire gegen den Sterling beträchtlich gefallen ist. Auch die Freiwillige der Handelsmarine, die auf London beruhten, seien auf eine Höhe gestiegen, die nicht gerechtfertigt erscheine und in Italien die für das Volk unentbehrlichen Ressourcen auf eine unerträgliche Höhe getrieben habe. In seiner Erzählerung am 1. Dezember riet der Ministerpräsident Salandra die Mitgliederungen Parzinatis zurück, dass das Parlament den bedeutsamsten Entscheidungen in der auswärtigen Politik ferngehalten werden müsse. Salandra hält es nicht für zweckmäßig, in Italien das System der Ernennung der verantwortlichen Sonderausschüsse des Senats und des Kommissar einzuführen, um politische, diplomatische und militärische Fragen zu bearbeiten. Salandra erfuhr weiter, es wäre unmöglich, in das Ministerium die Hämpter der Opposition eintreten zu lassen, weil in Italien keine Opposition bestände, die mit der Regierung zusammen eindringen könnte, ausgenommen die Sozialisten, die aber nicht befähigt der Kriegsmittel, sondern der Kriegsziele anderer Meinung sind. Salandra versicherte schließlich, dass der Senat durch die Annahme der Zusammensetzung Konsistori der Regierung das Vertrauen aussprach. Diese folgte, dass der Senat die Politik der Regierung billige; sie wurde einstimmig angenommen.

Die Armee in Montenegro nahm ihren Fortgang. Wie immer so teilweise sind, ergibt sich aus folgenden vom 17. Dezember dargestellten Bericht aus dem großen Kriegspressenquartier: Gestern morgen waren unsere Truppen vor Belgrad angelaufen, und in den Vormitternachtstunden begann der ununterbrochene Angriff gegen den Ort. Nach überaus heftigen Kampfen gelang es unseren Truppen, um 3 Uhr morgens Belgrad in Besitz zu nehmen, nachdem die letzten verbliebenen Überland befindenden Feinde teils gefangen, teils niedergemacht waren. Es kam zu erstickten Sitzkampfes. Das Haupts und andere Festen wurde auf die eindringenden Truppen der Armees übergebracht. Der ganze Ort musste erst von den Feinden gefeuert werden, bevor man von einer Bekämpfung sprechen konnte, denn selbst kleine Gruppen feierten noch Widerstand und gaben ihm erst nach Kampf gefangen. Es wurde außer Gefangenen viel Kriegsmaterial erbeutet. Belgrad ist jener Grenzort, der bei Einführung des Balkontriebes von einer montenegrinischen Brigade erobert wurde und seit damals im montenegrinischen Besitz ist. Er wird von serbisch-habsburgischen Hohenzollern bewohnt. Südlich Belgrad wurden die Montenegriner, die sich in den letzten Tagen wieder an der Grenze des montenegrinischen Gebietes aufgezeigt hatten, von wo sie unsere Truppen bereits öfters vertrieben hatten, der heuer wiederholt immer wieder zu erreichen trafen, in die Totalkaserne.

Während bisher die Regierung aller kriegsführenden Länder es beabsichtigte vermieden haben, ihre Kriegssätze einzigermaßen präzise zu formalisieren, soll jetzt Japan auf diesem Wege vorweggenommen sein. Am Peking wird der "Kriegs-Plan" gewalbt: Die japanische Regierung hat Witte Sontschek eine besondere Kommission zur Beurteilung und Behandlung aller Fragen, die für Japan bei den kommenden Friedensverhandlungen von Bedeutung sein werden, berufen. Kriegs als ob man in Japan die Waffen hätte, einen Separatfrieden mit Deutschland zu schließen, oder als ob man das Ende des Krieges und den Verlust der Friedensverhandlungen in so großer Höhe gesehnt, dass man plötzlich und unverhofft einen Überholz zu mehren. Zugleich liegen über die Erzielung der Friedenssicherung über die ermittelte Summe von Verlusten, die von Japan zu zahlen sind, und Kosten, die von Japan zu zahlen sind, zwei weitere Schlüsse zu Japan fest, nämlich eine offene Beurteilung der verschiedenen Friedensverhandlungen und eine eingehende Beurteilung der Friedensverhandlungen, die der japanischen Krise über die Beurteilungen der Friedensverhandlungen und erfordert, dass auf zwei Punkte, nämlich auf

die verschiedensten Kriegsschauplätze heute endgültig als abgeschlossen an. Die Mitteilungen, die der japanischen Presse über die Beratungen der Kommission angegeben sind, erfreuen sich auf zwei Punkte, nämlich auf Japans Beteiligung an den Friedensverhandlungen und auf die japanischen Friedensbedingungen. Wir geben sie im folgenden wieder:

I. Japans Beteiligung an den Friedensverhandlungen. I. Kann Japan gegen Deutschland und Österreich-Ungarn überhaupt eine vorteilhafte Rechnung in den Friedensverhandlungen aufstellen? 2. Welche Wirkung wird die Herstellung des Friedens auf das englisch-japanische Bündnis haben? 3. Welche Haltung soll Japan gegenüber den Verbündeten Englands, nämlich Frankreich, Russland, Italien und Belgien einnehmen? 4. Welche Friedensbedingungen soll Japan bei der Friedenskonferenz präsentieren?

II. Japans Friedensbedingungen. 1. Anerkennung des chinesisch-japanischen Schantung-Vertrages durch Deutschland: a) Rückgabe Tsingtaus an China unter den in obigem Vertrage vereinbarten Bedingungen; b) Übergabe der Schantung-Bucht an Japan; c) Anerkennung der Verpflichtung Chinas, sein Territorium an seinen Küsten an irgendeine ausländische Macht (einschließlich Japan) zu verpachten. 2. Abtretung der jetzt von Japan besetzten Südseeinseln. 3. Zahlung einer Kriegsentschädigung. 4. Rückstattung der Kosten für den Unterhalt usw. der Gefangenen und deren Rücktransport.

Ob man in Japan wirklich an die Möglichkeit glaubt, diese Friedensbedingungen durchsetzen zu können?

Die Kriegslage.

WB. Großes Hauptquartier, 13. Dez. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Front sind keine Ereignisse von Bedeutung zu melden.

Mehr wurde nichts von südlichen Siegern abweichen.

Deutscher Kriegsschauplatz.

kleinere russische Angriffe, die an verschiedenen Stellen gegen unsere Linien vorrückten, wurden abgewiesen.

Gallien-Kriegsschauplatz.

Bei Montenegro und Bosnien sind vereinzelt etwa 750 Serben und Montenegriner gefangen genommen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht,

Wien, 18. Dezember. Amtlich wird berichtet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Stellungnahme Geschäftskampf.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Tage ist unverändert. Um Nachhause des Marke San Giacomo wurden in den Abendstunden zwei vereinzelte Vorstöße der italienischen Infanterie abgewiesen.

Südböhmischer Kriegsschauplatz.

Die Besatzungsarmee in Montenegro nehmen einen günstigen Verlauf. Wir brachten gestern etwa 300 montenegrinische und serbische Gefangene ein.

Bei dem Kampf gegen die Montenegriner ist es vorgeschritten, dass uns der Feind — Ergebung vorläufig — mit aufgehoerden Namen und mit Flammenwerfern entgegenkam und so zu vorübergehendem Einstellen des Feuers befahl, dass es dann unsere Linien höchstens nach Nächste Nähe mit Feindkriegen zu bewerfen anfangt. Es ist sehr schwierig, dass solche schwierigen Kriegsläufen eine entsprechende schwere Widerstand geäußert haben und im Wiederholungskampf auch weiter finden werden.

Wien, 18. Dezember. Amtlich wird berichtet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Unverändert Ruhe.

Die Russen behaupten in ihrem Tagesbericht vom 15. d. M. Ihre Kanone wäre bei Uscicca am Donau auf österreichisch-ungarische Artillerie in russischen Uniformen gesunken. An dieser Stelle liegt ihr kein wahres Wort. Wir vertheidigen derartige verunsicherte Mittel nicht.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In Triest rieben unsere Truppen nördlich des Sugana-Tales mehrere feindliche Angriffe auf den Golo ab. Im Südsüdwesten wurden die Italiener wieder in ihren vordersten Stellungen überwältigt. Sie sind vorübergehend unter schwerem Feuer.

Südböhmischer Kriegsschauplatz.

Der Raum südlich von Belgrad wurde vom Feinde geplündert. Die Zahl der bei der Einnahme dieser Stadt in unsere Hand gesetzten Gefangenen wuchs auf 1338 an. Eine unserer Divisionen brachte in Stadot-Montenegro in den letzten Kämpfen insgesamt 13 500 Gefangene ein.

Gegen Frankreich und Belgien.

Zahlungsaufschub in Frankreich.

Händelsoffizier Clementel teilt der Handelskommision der Kammer mit, dass er seinem ein Dekret unterbreiten werde, moment das Moratorium bis zum Ende der Feindseligkeiten aufrechterhalten werde. Nur für Kriegsleiterantente werde das Moratorium unter gewissen Bedingungen aufgehoben werden.

Der Prozess gegen den Mörder Jaures abermals vertagt. Wie der "Prozess" berichtet, ist der Prozess gegen Villain, den Mörder des Genossen Jaures, der diese Woche stattfinden sollte, aus Rücksicht auf den Burgfrieden abermals und zwar diesmal auf unbestimmt Zeit vertagt worden.

Gegen Russland.

Das russische Flügelgeschwader.

Der Chef des Krieger Verwaltungsbüros der Verfahrungswege kreist an seine Regierung in einem amtlichen Bericht u. a. folgendes: Es wäre notwendig, auf jeder Station einige Fahrwerke Stroh zu halten, in dem sich die Unglücksfälle erwartet könnten, wenigstens so, wie sich das Vieh verhält, wenn sie im zwanzigsten Jahrhundert der Möglichkeit bewusst sind, sich wie Menschen zu ernähren.

Steuererhöhung.

Das Finanzministerium hat eine Reform des Steuerwesens angekündigt, infolgedessen alle direkten Steuern erhöht werden. Eine progressive Einkommensteuer, Erhöhung der Industrie- und Grundsteuer, Handelssteuer und besondere militärische Steuern werden nach Schätzung die Staatseinnahmen um 275 Millionen erhöhen. Weiter werden indirekte Steuern mit einem jährlichen Ertrag von jährlichweise 361 Millionen Rubel vorgeschlagen und kollektive Staatsmonopole auf Tee, Kaffee und Streichholz.

Gegen England.

Fliegerverluste. — Zeppelinangriffe.

Im Unterhaus erklärte Staatssekretär Tennant, das englische Fliegerkorps habe ausschließlich der Marinesieger in den letzten Monaten allein an Fliegern 25 Tote, 43 Verwundete und 54 Gefangene und Vermisste verloren.

Sir Scott Robertson fragte, wie viele Zeppeline angegriffe seit dem 18. Oktober mißlungen seien und ob London jetzt sicher gegen die Angriffe zu betrachten sei. McNamara antwortete, kein Angriff sei mißlungen. Er könne sonst den früheren Erklärungen nichts hinzufügen. Tennant teilte ferner mit, dass das Kriegsministerium jetzt über ein sehr wichtiges Werkzeug zur Bestimmung der Schußweite auf Zeppeline verfüge.

Gehaltsverzicht englischer Justizbeamter.

Der Attorney-General und der Solicitor-General haben beide auf 10 000 Pfund Sterling ihres jährlichen Gehalts verzichtet. Von den anderen höheren Beamten, die sie berieben, geben beide hohe Gehaltsbeamte jährlich nunmehr 5000 Pfund Sterling ab. Wie hoch die Nebenkünste sind, er gibt sich aus der Mitteilung, dass Sir John Simon im Geschäftsjahr 1913/14 nicht weniger als 21 000 Pfund Sterling (420 000 Mk.) an Spesen bezog.

Das Ergebnis der englischen Truppenwerbung.

"Daily News" meldet: Man schätzt in politischen Kreisen das Ergebnis der Truppenwerbung auf zwei Millionen Mann, von denen allerdings noch eine Anzahl Unbrauchbar und Unökonomischer in Wegfall kommen würden. Inzwischen sei noch eine weitere große Anzahl Mannschaften angeworben, so dass noch 300 000 Mann zu den zwei Millionen Mann geteilt werden können.

Unterdrückte Zeitung.

Die Londoner Polizei schreit gegen das oppositionelle Frauenblatt, früher "Suffragette", jetzt "Britannia", wegen Kritik der Regierungspolitik auf dem Balkan mit Strafen ein. Die Segerei mit Maschinen und Manuskripten wurde beschuldigt.

Lohnforderungen englischer Schiffbauarbeiter.

Nach der "Times" forderten 157 000 Schiffbauarbeiter eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Nachdem die Arbeitgeber diese Forderung abgelehnt haben, wurde sie nach dem Minionsgebot dem englischen Handelsamt zur Entscheidung übertragen.

Englische Postübergriffe.

Nach der "Frankfurter Zeitung" haben die Engländer von dem holländischen Damper "Rotterdam" auf seiner letzten Fahrt die gesamte deutsche, bulgarische und türkische Post heruntergekauft.

Von den Engländern wurde die an Bord des dänischen Dampfers "Oscar II." befindliche für Dänemark bestimmte amerikanische Paketpost in Kopenhagen zurückgehalten. In Bord des Schiffes befindet sich die Nordische Friedensgesellschaft.

Der dänische Amerikadozent "United States", auf der Reise von Kopenhagen nach Neufundland von den Engländern nach Greenock eingeholt. 20 000 Kopenhagener Pakete wurden an Land gebracht.

Die schwedische Generaldirektion stellt in Folge des rücksichtslosen Vorgehens der Engländer gegen schwedische Paketlieferungen von und nach Amerika jede Paketbehörde einzeln nach Amerika ein und hofft den mit der Dänisch-Schwedischen Union vereinbarten Vertrag über die Befreiung der Paketpost auf.

Im Unterhaus teilte Lord Cecil mit, dass nach aus Amerika erhaltenen Berichten erhebliche Mengen Lebensmittel in Paketen von Amerika nach Deutschland verbracht werden. Die englische Regierung sei infolgedessen in Verbindung mit dem englischen Botschafter in Washington gekommen.

Der Seefried.

Kreuzer "Bremen" torpediert.

WB. Berlin, 18. Dezember. Am 17. Dezember nachmittags wurde S. M. Kleiner Kreuzer "Bremen" und eines seiner Begleittorpedoboote in der östlichen Ostsee durch Unterseebootangriff zum Sinken gebracht. Ein erheblicher Teil der Besatzung wurde gerettet.

Der Chef des Admiraltätes der Marine.

Die "Bremen" ist im Juli 1903 von Stapel gelassen. Ihre Wasserverdrängung beträgt 3250 Tonnen. Die Geschwindigkeit beträgt 23.2. Die Ausrüstung besteht aus zehn 10,5-Zentimeter-Geschützen. Die Torpedoomrüstung beträgt zwei 45-Zentimeter-Langröhre. Die Besatzung 305 Köpfe. Die "Bremen" wurde auf der Werft erbaut.

Luftförderungsfahrt der deutschen Flotte.

WB. Berlin, 20. Dezember. Amtlich. Teile unserer Flotte segeln in letzter Rüge die Nordsee nach dem Feinde ab und treuzen dann zur Überwachung des Handels am 17. und 18. Dezember im Siegerland. Sieger wurden 52 Schiffe untersucht. 1 Dampfer mit Bombe angebracht. Während der ganzen Zeit liegen sich englische Streitkräfte nirgends sehen.

Der Chef des Admiraltätes der Marine.

Geschickster englischer Hilfskreuzer. Nach einem Telegramm der griechischen Behörden auf Krete an die griechische Regierung ist bei der Insel Grauta, Bezirk Leptithi auf Krete, ein englischer Hilfskreuzer, der zur Besetzung von U-Booten verwendet wurde, auf eine Klippe gelungen. Das Schiff wurde seinem Schicksal überlassen, nachdem englische Kreuzer sich vergeblich bemüht hatten, es flott zu machen.

Berserk.

Der norwegische Dampfer "Nico" wurde versenkt. Ein Mann der Besatzung und der Lotse wurden gerettet.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Amerika zum "Acosta"-Fall.

Der Washingtoner Korrespondent der "Londoner Zeitung" meldet seinen Blatte durch Kündigung: Der Brug mit Österreich ist vertagt worden, weil die amerikanische Regierung eine zweite Note fordert will. Das allgemeine Empfinden geht dahin, dass Washington zu weit gegangen ist. Es herrscht Unbegreiflichkeit darüber, wie man den Rückzug bewertet. Eine endgültige Entscheidung wird nicht getroffen werden bis Präsident Wilson in der ersten Januarwoche von seiner Hochzeit zurückgekehrt ist.

Die Entente gegen den Wechsel des chinesischen Regierungssystems.

Von „Dien“ erhielt der japanische Gesandte in Peking Antritt, gemeinsam mit den übrigen Ententekretern China den Rat zu erteilen, die Errichtung der Monarchie aufzuheben.

Eine japanische Note an China.

Nach Londoner Meldungen hat der chinesische Staatsstreich und Chinas Streben zum Kaiserstum Japan zu einer größeren Aktion veranlaßt. Die japanische Regierung verlangt von China Ausklärung; eine diesbezügliche Note wurde bereits übergeben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 20. Dezember.

Die Festsetzung von Höchstpreisen für Südwasserfische ist nunmehr auch vom hiesigen Polizeiamt erfolgt. Unsere Letzter sind diesen im Inneren Teil der heutigen Ausgabe des „Lübecker Volksboten“.

Höchstpreise für Wärmeladen. Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 11. November 1915 sind Höchstpreise für Wärmeladen festgelegt worden. Es sind fünf verschiedene Wärmeladenarten bestimmt worden. Der Preis für 50 Kilogramm darf beim Verkauf durch den Händler folgende Sätze nicht überschreiten:

1. Bei Verpackung in Fässern oder in sonstigen Gefäßen über 15 Kilogramm einschließlich Verpackung: Sorte 2 15 Pf., Sorte 3 25 Pf., Sorte 4 30 Pf., Sorte 5 25 Pf.;

2. Bei Verpackung in Blecheinern oder in sonstigen Gefäßen (außer Fässern) von über 10 bis einschließlich 15 Kilogramm: 13, 24, 29 und 25 Pf.;

von 5 bis einschließlich 10 Kilogramm: 17, 27, 32 und 27,50 Mark;

unter 5 Kilogramm: 5, 11, 25 und 30 Pf.

Die Preise schließen die Kosten der Verpackung, die Beförderung zur nächsten Verladestelle (Bahn- oder Wasserweg) des Händlers und die Verladung darin ein.

So kommt für Wärmeladen gemäß § 3 der Verordnung vom 11. November 1915 Höchstpreise für die Abgabe im Lande anhand der den Verbraucher festgelegt werden, dürfen sie für 0,5 Kilogramm (1 Pfund) folgende Sätze nicht überschreiten:

1. beim Verkauf von pfundweise ausgewogener Ware: 60, 50, 40 und 35 Pfennig;

2. beim Verkauf in ganzen Blecheinern oder sonstigen Gefäßen von über 10 bis einschließlich 15 Kilogramm: 55, 45, 36 und 32 Pfennig;

von 5 bis einschließlich 10 Kilogramm: 60, 50, 40 und 35 Pf.;

unter 5 Kilogramm: 65, 55, 44 und 38 Pfennig.

Die Preise werden in den Fällen unter 1 nach dem Reinheitsgehalt, in den Fällen unter 2 nach dem Nettogewicht (brutto für Netto) berechnet.

Bei einer Heraussetzung der Herstellerpreise gemäß § 2 der Verordnung vom 11. November 1915 vermögen sich diese Sätze entsprechend.

Diese Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1916 in Kraft.

Der gestrige „goldene“ Sonntag erlitt durch trüb, regnerisches und kaltes Wetter eine Einbuße, die nach den beiden ersten Dezember-Sonntagen machen eine Einschränkung bereitete. Da den Nachmittags- und Abendstunden war dennoch auf den Hauptstraßen, besonders in der Breiten Straße, ein reicher Verkehr. Ihn leichte leichte Frostwetter den Regen rückte ab und am Montag morgen war alles in ein weißes Schneefleis eingehüllt, das sich aber bald als nicht sehr dauerhaft erwies.

Bejrüfung bei der Bereitung von Kuchen. Der Bundesrat hat, wie bereits kurz berichtet, am 16. Dezember eine Verordnung über Bereitung von Kuchen klassen, deren wesentlichste Bestimmungen lauten:

In gewerblichen Betrieben, insbesondere in Bäckereien, Konditoreien, Keks-, Zwieback- und Kuchenfabriken aller Art, in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Stadtküchen und Erfrischungsraumen dürfen zur Bereitung

1. von Kuchenteig keine Eier oder Eierkonsernen und auf 500 Gramm Mehl oder mehlartige Stoffe nicht mehr als 100 Gramm Fett und 100 Gramm Zucker,

2. von Tortenmasse aus 500 Gramm Mehl oder mehlartige Stoffe nicht mehr als 150 Gramm Eier oder Eierkonsernen, 150 Gramm Fett und 150 Gramm Zucker,

3. von Rohmasse für Makronen aus 500 Gramm Mandeln nicht mehr als 150 Gramm Zucker und von Makronen aus 500 Gramm Rohmasse nicht mehr als 500 Gramm Zucker

1. von Kuchenteig keine Eier oder Eierkonsernen und auf 500 Gramm Mehl oder mehlartige Stoffe nicht mehr als 100 Gramm Fett und 100 Gramm Zucker,

2. von Tortenmasse aus 500 Gramm Mehl oder mehlartige Stoffe nicht mehr als 150 Gramm Eier oder Eierkonsernen, 150 Gramm Fett und 150 Gramm Zucker,

3. von Rohmasse für Makronen aus 500 Gramm Mandeln nicht mehr als 150 Gramm Zucker und von Makronen aus 500 Gramm Rohmasse nicht mehr als 500 Gramm Zucker

1. von Kuchenteig keine Eier oder Eierkonsernen und auf 500 Gramm Mehl oder mehlartige Stoffe nicht mehr als 100 Gramm Fett und 100 Gramm Zucker,

2. von Tortenmasse aus 500 Gramm Mehl oder mehlartige Stoffe nicht mehr als 150 Gramm Eier oder Eierkonsernen, 150 Gramm Fett und 150 Gramm Zucker,

3. von Rohmasse für Makronen aus 500 Gramm Mandeln nicht mehr als 150 Gramm Zucker und von Makronen aus 500 Gramm Rohmasse nicht mehr als 500 Gramm Zucker

Für Übertretung dieser Verordnung gelten alle Backwaren, zu deren Bereitung mehr als 10 Gewichtsteile Zucker aus 90 Gewichtsteile Mehl oder mehlartige Stoffe verwendet werden, als Kuchen oder Torten. Als Fett im Sinne dieser Verordnung gelten Butter und Butterfett, Margarine, Kunspfet, sowie tierische und pflanzliche Fette und Öle aller Art.

Für Übertretung dieser Verordnung sind Geldstrafen bis zu 1500 Mark oder Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten vorgesehen, auch kann die zuständige Behörde die Betriebe schließen, deren Unternehmen oder Leiter sich in Befolgung der Bestrafungen unzweckmäßig zeigen, die ihnen durch diese Verordnung über die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen auferlegt sind.

Die Vorschriften dieser Verordnung finden keine Anwendung auf Keks-, Zwieback-, Honig-, Besser- und Lebkuchenfabriken, sofern sie zu Keks-, Zwieback-, Honig-, Pfeffer- oder Lebkuchen Gelei oder Mehl verarbeiten, das ihnen von der Reichsgetreidestelle, von den Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung geliefert ist. Sie gelten ferner nicht für Zwieback, der für Rechnung der Heeresverwaltungen, der Marineverwaltung oder der Vereinslagerräte der freiwilligen Krankenpflege hergestellt wird.

Diese Verordnung tritt am 18. Dezember in Kraft.

Bemerk auf Urlaubsscheinen. In der neuesten Nummer des „Armeenordnungsblattes“ wird bestimmt: Ziffer 6 des Erlasses vom 7. August 1915 betreffend Beurlaubung von Mannschaften erhält folgende Fassung: Vorstehende Bestimmungen finden auf häufig wiederkehrende Beurlaubungen — Sonntagsurlaub und vergleichbar — und auf solche zu Hilfsleistungen in fremden landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben keine Anwendung. Bei diesen besteht mit keinem Anpruch auf freie Eisenbahnsfahrt. Die Urlaubsscheine sind in allen derartigen Fällen mit dem Bemerk „Fahrstatten idem“ zu versehen.

Die Weihnachtsnummer der Lübecker Lazaretzeitung ist seither erschienen. Sie enthält Beiträge von namhaften Schriftstellern, wie Gustav Falke, Adalbert Bon-Ed., Otto Antes und anderen. Auch zwei hiesige Pastoren haben Artikel darin veröffentlicht. Besonderer Wert ist auf den Bildschmuck gelegt worden. Die Lübecker Lazaretzeitung wird an die Kriegsverletzten mit den hiesigen Lazaretten sowie auf Wunsch auch an kriegsverletzte Lübecker in auswärtigen Lazaretten durch den Landesaus-

Mangelhaften Feldpostsendungen. Die Zahl der mangelhaften Feldpostbriefe ist trotz aller Bemühungen der Postverwaltung des Publikums von der Wichtigkeit einer richtigen Adressierung und angemessenen Verpackung der Feldpostsendungen zu überzeugen, immer noch sehr groß. Nach einer fürstlich vorgenommenen Abholung waren von 727 000 an einem Tage bei der Post-

zentrale in Hamburg bearbeiteten Feldpostsendungen 26 600 mit mangelhafter Aufschrift verschenkt. Bei 22 500 gelang es durch mildemaße, eine große Zahl von Briefen in Anspruch nehmende Aufklärungsarbeit, die Mängel der Aufschrift so weit zu beseitigen, daß die Sendungen noch ins Feld geschickt werden konnten; bei 4100 waren aber alle aufgewandte Zeit und Mühe umsonst, sie mußten nach dem Aufgabeort zurückgehen; 600 davon trugen zudem keinen Absendervermerk, so daß die Sendungen auch dem Absender nicht zurückgegeben werden können. Wegen manchlicher Verpackung wurden an demselben Tage 900 Feldpostwachen brandstet. Dem Publikum wird deshalb erneut und dringend empfohlen, auf die Adressierung und Verpackung der Feldpostsendungen die größte Sorgfalt zu verwenden.

Vom Dampfer „Gauthiod“. Die Ladung ist in Rostock zum Teil in leichter gelöster Tasche untersucht das Schiff, um den Umgang des Schadens festzustellen. Auf dem „Gauthiod“ hat jedoch keine Ladung das Deck gesprengt.

Die Markthalle ist am Donnerstag, dem 23. d. Mts. den ganzen Tag bis abends 9 Uhr, am Freitag, dem 24. d. Mts. (Weihnachtstag) den ganzen Tag bis abends 7 Uhr und am Freitag, dem 31. d. Mts. (Silvester) den ganzen Tag bis abends 8 Uhr geöffnet.

Die Zentrale für private Fürsorge teilt mit, daß vom 24. Dezember bis 2. Januar einschließlich keine Sprechstunden stattfinden. Vom 3. Januar an sind Rat- und Hilfsuchende immer vormittags von 10—12 Uhr, in den Sprechstunden der Zentrale für private Fürsorge, Dankwartsgrube 20, 1. Etage (Tel. 170) sehr willkommen.

Stadttheater. Man schreibt uns: Dienstag, den 21. Dezember wird Frau Zilly Schmidt in der mit großem Beifall gegebenen Oper „Der Maskenball“ gastieren. Die Künstlerin steht von ihrer Engagementzeit am Lübecker Stadttheater noch in bestem Ansehen. Mittwoch geht zum ersten Mal das von der Kinderwelt Lübecks sehr erwartete Weihnachtsmärchen in Szene. Es titelt sich: „Das Wunder in der heiligen Nacht“ von Leo Kastner.

Die Beratungsstelle für Petroleumbedarf macht bekannt, daß die Uebergabe von Bezugsscheinen für Petroleum in der Börse nunmehr abgeschlossen ist und Karten dort nicht mehr ausgegeben werden. — Dagegen sind in der Kriegslücke, Fährzburger Allee 10, nachmittags von 5—7 Uhr noch reichlich Karten zu haben und zwar für die Bewohner der Stadt sowohl als auch der Vorstädte.

Fürstentum Lübeck. Der Landesausschuß tagte hier zur Beratung der Voranschläge für das Jahr 1916. Es sind erforderlich für Landarme 9000 Pf., für Geisteskranke 32 500 Pf., für Idioten, Blinde und Taubstumme 9000 Pf., ferner sind eingestellt für die Erleichterung der Einquartierungsanstalt 3000 Pf. Die Ölsteckäder sind seit Kriegsausbruch dauernd mit Einquartierung belegt und die Garnisonen erhalten pro Mann und Tag eine Bezahlung von 20 Pf. Dieser Satz soll vom 1. Januar ab auf 10 Pf. erhöht werden. Auch Gutin soll den erhöhten Zuschuß haben. Den Roten Kreuz im Fürstentum wurden 10 000 Pf. bewilligt. Die Unterhaltung und Beaufsichtigung der Landesweg erfordert für das Jahr 1916 rund 100 000 Pf., für den Bau von Chausseen sind 25 000 Pf. eingestellt. Es sollen fertiggestellt werden die Strecken Rensefeld—Al. Parin, Lebaa—Grevenhagen, Bariner Berg—Horsdorf. Die Verzinsung und Tilgung der Chausseebau-Anleihen in Höhe von 1 900 000 Pf. soll aus den Einkünften der Stempelsteuer bestritten werden. Angenommen wurde auch der Voranschlag über die Versorgung des Fürstentums mit elektrischer Energie. Er sieht Einnahmen in Höhe von 412 000 Pf. und Ausgaben von 376 750 Pf. vor. Angeliehen sind dafür bislang 775 000 Pf., weitere 325 000 Pf. sollen 1916 aufgenommen werden. Aus den den Voranschlägen beigegebenen Bemerkungen ergibt sich, daß das Fürstentum an Grundsteuer 50 781 Pf. an Gebäudesteuer 84 867 Pf. und an Einkommensteuer 42 077 Pf. erbringt.

Hamburg. Das Priengericht kam in Sachen des eingeschlagenen amerikanischen Vollschiffes „Pässio Ballin“ zu folgender Erkenntnis: Das Schiff mit Zubehör und der Erlös aus dem Verkauf des Proviants ist einzuziehen. Der Reinerlös der um 2,6 Millionen Mark verkaufen Bruttovollladung ist freizugeben, weil die Ladung als neutral anzusehen ist. — Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Donnerstag vormittag gegen 8 Uhr in der mechanischen Werkstatt in der Vulkan-Werft. Der Matier A. Schröder hatte bei den Laufschäften oben in der Werkstatt zu tun, als sich plötzlich der Kran in Bewegung setzte und ihn gegen den Pfleider drückte, so daß er erhebliche Verletzungen erlitt und bewußtlos nach dem Hafentraktorhaus geschafft werden mußte. Dort ist er dann am Donnerstag abend gestorben.

Hamburg. Lebensmittelverkauf durch das Gewerbeamtshaus. Die Woche kommt in der inneren Stadt, am Fleet an der Stadthausbrücke, Weißkohl, Wirsingkohl und Grünkohl zum Verkauf. Weißkohl wird nicht unter 20 Pfund abgegeben, Wirsingkohl und Grünkohl nicht unter 10 Pfund. 20 Pfund Weißkohl kosten 70 Pf., 10 Pfund Wirsingkohl 55 Pf. und 10 Pfund Grünkohl 50 Pf. In Hammmerbrook am Forderkai wird Weißkohl und Grünkohl verkauft. Von 10 Pfund werden nicht unter 20 Pfund abgegeben. Stielrüben kosten 20 Pfund 50 Pf., Weißkohl 70 Pf.

Sternberg. Sternberger das mecklenburgischen Landtag. Der lediglich aus Gutsbesitzern und Patrizierherren bestehende Landtag für beide Mecklenburgs hatte des von der preußischen Regierung geforderten Steuerabzugs von 100 Prozent (wie im Vorjahr) nur 80 Prozent bewilligt. Nachdem die Regierung aber erneut ihr Verlangen gestellt, hat jetzt der Landtag die Forderung auf 100 Prozent doch bewilligt.

Schwerin. Die Kriegsarmillen in Schwerin. Der sozialdemokratische Bezirksparteitag hat bekanntlich sich genötigt gehalten, in einer Eingabe an den Reichskanzler diesen am ein Einschreiten anzugehen. Bekanntlich hat der Reichskanzler nach Vereinbarung mit den Bundesregierungen angeordnet, daß den Lieferungsverbänden eine wohlwollende Prüfung der Bedürftigkeit zur Pflicht gemacht wird und daß jede Einheitlichkeit zu vermeiden ist. Die Verpflichtung der Lieferungsverbände erschöpft sich nicht in der Gewährung des Mindestsatzes, der nur die untere Grenze darstellt. Für Mecklenburg besteht diese Anordnung aber nur auf dem Papier. Bis Ende September haben in den zwölf Bezirken, in die Mecklenburg hierfür eingeteilt ist, die über die Mindestsätze hinausgezahlten Unterstützungen zusammen (also in 12 Monaten) 92 000 Pf. betragen, das sind ganze 1,2 Prozent der Mindestsätze. Im September sind infolge der Bemühungen offizieller Stadtverwaltungen, namentlich der von Rostock, die Unterstützungsbeläge ein klein wenig erhöht worden, aber sie sind noch immer völlig unzureichend. Es sind in allen zwölf Bezirken im September über die Mindestsätze hinaus 132 000 Pf. = 14,7 Prozent der Mindestsätze gezahlt worden. Städte wie Güstrow und Parchim bewilligten nur 0,1 resp. 0,04 Prozent über die Mindestsätze hinaus. In Mecklenburg-Strelitz ist bis April d. J. überhaupt kein Pfennig über die Mindestsätze hinaus gegeben worden. — So werden in Mecklenburg die Frauen der Männer abgeführt, die draußen auf den Schlachtfeldern ständig ihr Leben einlegen! Sehr bemerkenswert ist noch, daß die mecklenburgische Regierung in einer Denkschrift an den Standtag (Landtag) hinweist auf das Bestreben, die Lebensmittel zu schonen! Die Regierung versichert dem Standtag dann noch weiter ausdrücklich, es seien die Kommissionen keinfalls in den Fehler verfallen, der nach den sehr weitherrigen Annahmen des Reichskanzlers zweitens leicht begangen werden könne, in den Bewilligungen der Unterstützungen über das gebotene Maß hinwegzugehen. In bezug auf die seit September d. J. entstandene Notwendigkeit, die Unterstützungen zu erhöhen, heißt es: „Aus mit unserem Widerstreben haben die Kommissionen sich diesem Gebote gefügt.“ Man beachte: Der Reichskanzler verbietet die Engerzigkeit. Die Kommissionen im

Mecklenburg aber führen sich nur mit innerem Widerstreben! Der Reichskanzler hat wirklich alle Ursache, einmal kräftig dazwischen zu treten.

Bremen. Eine Statistik der Not. Der Sozialdemokratische Vereine und das Gewerkschaftskartell Bremen haben Ende November in der ganzen Stadt eine beschränkte Umfrage veranstaltet, um festzustellen, ob die minderbemittelte Bevölkerung bei gegenwärtigen Lebensmittelpreisen in der Lage ist, sich genügend mit Fleisch, Fett, Kartoffeln und Feuerung zu versorgen. Von 767 befragten Haushaltungen konnten sich 68 mit einer Kopfzahl von 83 Personen überhaupt kein Fleisch kaufen, von den übrigen ergibt die Statistik, daß sie für Fleisch eine Marke auf den Kopf und pro Woche ausgeben. Für Fette — Butter, Margarine usw. — kommen auf den Kopf der Familie und pro Woche 80% Pf. Von den 767 Haushaltungen verbrauchten 45 keine Milch bei den übrigen — 742 Familien kamen auf Milch pro Woche und pro Kopf 28 Pf. Weiter wurde festgestellt, daß auf den Kopf ein Kartoffeltonnen von fünf Pfund pro Tag entsfällt. Ein Drittel der befragten Familien haben ein Einkommen von weniger als 25 Mark pro Woche, die Familie zu vier Köpfen gerechnet. Davon gehen ab für Miete durchschnittlich 5 Mark pro Woche. Bei den 238 Haushaltungen, die unter 25 Mark wöchentliches Einkommen haben, blieben nach Abzug der Ausgaben für Miete, Heizmaterial usw. noch durchschnittlich 12,50 Mark für Nahrung und Kleidung. Diese Statistik hat traurige soziale Bilder entrollt, denn 81 Haushaltungen hatten ein Einkommen von bloß 15 Mark bis 20 Mark und 32 Haushaltungen gar nur von 5 bis 15 Mark wöchentlich.

Olsenburg. Aus dem Landtag. Das Gesetz, das Kriegszulage an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter bis Lehrer an den Volksschulen, wurde mit 39 gegen 1 Stimme angenommen. Der Gesektorium will den durch den Kriegsauftand erhöwerten Lebensunterhalt für die gering befehlten Beamten, die staatlichen Angestellten und Arbeiter erleichtern. Mit dem Entwurf folgt die Staatsregierung sowohl in der Bewertung der Zulage selbst, als auch im allgemeinen in der Bewertung der Zulagen dem Vorgehen im Reich, in Preußen und anderen Bundesstaaten. Im Ausdruck wurde die Notwendigkeit von Kriegszulagen an genannte Klassen von allen Seiten anerkannt. Ein von den Sozialdemokraten unterzeichnete Antrag wünschte, daß auch kinderlosen Eltern die Unterstützung gewährt wird. Dazu wurde dieser Antrag leider abgelehnt. Der Landtag nahm weiter einen Antrag an, wonach das steuerbare Einkommen bis zu 2400 Mark für die Gewährung der Kriegszulage zugrunde gelegt wird. Sind nur ein oder zwei Kinder vorhanden, so dürfen steuerbare Einkommen und die Kriegszulage zusammen den Betrag von 2400 Pf. nicht überschreiten. Dieser Betrag erhöht sich für jedes weitere Kind um 36 Pf. Durch diesen Beschluss ist der Landtag noch über den Antrag der Staatsregierung hinausgegangen. Der Kreis der Zulageberechtigten ist erweitert worden. Anfangs bestand bei der Regierung die Absicht, die Zulage schon im Dezember auszuzahlen. Jetzt soll dies nicht möglich sein, weil noch zeitnahe Erhebungen anzustellen sind. Die Zulage wird mit Wirkung vom 1. Oktober an bezahlt.

Theater und Musik.

Stadttheater. Hoffmanns „Erzählungen“, phantastische Oper von Ossenbach. Dazwischen nahm die Aufnahme dieses musikalischen reizvollen Werkes in den Spielplan auch den Wünschen des Publikums entgegen, bewies der zahlreiche Beifall des Theaters und der lebhafte Beifall, der nach jedem Akt schlüssig gegeben wurde. Herr Kapellmeister Wechsler hatte die Oper in der ursprünglichen Form einführt, in der sie in Lübeck bisher nicht bekannt war. Im Vor- und Nachspiel waren diesmal die Lindor-Szenen enthalten, die allerdings musikalisch nicht sehr bedeutend, aber für das Verständnis des Ganzen nicht unwichtig sind. Man darf Herrn Wechsler, der mit gewohnter Umsicht und Meisterschaft dirigiert, dafür dankbar sein. Der

Praktische Weihnachts-Geschenke!

Stiefel und Schuhe

für Kinder, Damen
:: und Herren ::

in jeder Preislage!!

Pantoffeln Filz-Schuhe

Warm gefütterte

Leder-Schuhe und Stiefel.

Kamelhaarschuhe

für Kinder, Damen
:: und Herren ::

in größter Auswahl!!

W. Blumenthal, Lübeck

Kohlmarkt, Ecke Sandstr.

Schwartauer Allee, Ecke Geverdesstr.

Bekanntmachung

Über die Festsetzung von Höchstpreisen für Süßwasserfische
Auf Grund der §§ 1, 3 und 4 der Bundesratsverordnung
Über die Regelung der Fleis- und Wäldepreise vom 28. Oktober
1915 in Verbindung mit der Bekanntmachung des Stellvertreters
des Reichskanzlers über die Festsetzung von Preisen für Süß-
wasserfische vom 5. Dezember 1915 sind hier folgende Höchstpreise
für Süßwasserfische festgesetzt worden:

Beim Verkauf von Süßwasserfischen im Großhandel dürfen für 50 kg Bruttogewicht einschließlich Verpackung folgende Preise nicht überschritten werden:
bei Karpfen Mf. 110.-
bei Säleien 125.-
bei Sechsen 110.-
bei Bögen oder Brachsen von 1 Kilogramm und darüber 80.-
unter 1 Kilogramm 60.-
bei Blögen und Rotauge von 0,5 Kilogramm und darüber 60.-
unter 0,5 Kilogramm 50.-

Bei der Abgabe im Kleinhandel an den Verbraucher dürfen für 0,5 Kilogramm folgende Preise nicht überschritten werden:
bei Karpfen Mf. 130.-
bei Säleien 150.-
bei Sechsen 125.-
bei Bögen oder Brachsen von 1 Kilogramm und darüber 100.-
unter 1 Kilogramm 75.-
bei Blögen und Rotauge von 0,5 Kilogramm und darüber 75.-
unter 0,5 Kilogramm 65.-

Bei Fischen im zarten Zustand ermagigen sich die Preise sowohl für den Großhandel wie für den Kleinhandel um 20 vom Sunder.

Beim Verkauf von rohen Fischen im Kleinhandel dürfen dem- nach folgende Preise nicht überschritten werden:
bei Karpfen Mf. 104.-
bei Säleien 120.-
bei Sechsen 109.-
bei Bögen oder Brachsen von 1 Kilogramm und darüber 90.-
unter 1 Kilogramm 60.-
bei Blögen und Rotauge von 0,5 Kilogramm und darüber 60.-
unter 0,5 Kilogramm 50.-

Die Kleinhandel gilt der Verkauf an den Verbraucher, sofern er nicht Mengen von mehr als zehn Kilogramm zum Repar- sand hat.
--

Lübeck, den 18. Dezember 1915.

Das Polizeiamt.

Verkauf lebender Butter
vom Post aus
am Dienstag, d. 21. Dezember
vermindert von 8 Uhr ab an der
Holländischen
Fährtorbrücke
Kram 21. F. (516)

Schlutup.

Dient er der Zeit, doch die
Verleidung zu Teil. M. Schäffl
meineren aufgebracht werden
d. (502) Franz Rath.

Deutscher Metallarbeiterverband

Berndtsburgstraße 126.

Am Donnerstag, dem 16.
Dezember fahrt unter lang-
jähriges Feuer, der
Gedächtnis.

Chr. Pätzau
in seinem 70. Lebensjahr.
Wir werden denselben
ein ehrliches Andenken be-
wahren.

Die Beerdigung findet
am Dienstag, dem 21. De-
z., auf dem Friedhofster Fried-
hof statt.

Zur Totenfeier, welche an
der Beerdigung teilnehmen
mögen, freuen sich um 2 Uhr
beim „Festsaal“.

5115 Die Ortsverwaltung.

Hiermit die Maurice
Nachtisch, das geliebte Vor-
mahlzeiten meiste liebe Frau
meiner Kinder, gute Mutter
Johanna Köster

geb. 9. 11.
im 42. Lebensjahr im All-
gemeinen Gesundheit ver-
loren ist. (5117)

Dies geschieht an
Friedrich Köster

und Kinder.
Lübeck, 19. Dez. 1915.

Die Beerdigung findet
am Donnerstag, dem 23.
Dezember, um 12 Uhr
vor der Friedhofsalle
des Friedhofs Friedhofes

aus statt.

Am Freitag, abend, erschließt
sich nach kurzer schwerer Krank-
heit meine liebe Frau, meine
Kinder gute Mutter

Bertha Neumann

geb. Dreyer
im 42. Lebensjahr. Sie be-
ruht von mir, meinen Kin-
dern, ihren Eltern, Geschwistern
und allen, die ihr nahe standen.

Carl Neumann.

Lübeck, den 18. Dez. 1915
Bronsforder Allee 107.

Feierstätte: Donnerstag, 2 Uhr
Kapelle Bonnif.

5115 Die Ortsverwaltung.

Zündiger Bierfahrer.

Hermann Stamer, Seestraße

Reiterstraße 15. (5115)

Ausschuss für Kriegshilfe.

Die Ausgabe von Kartoffeln findet
jetzt Königstrasse 81 statt.

Weihnachtsgeschenke.

Taschenuhren
Weckuhren
Wanduhren
Goldwaren
Silberwaren
Kriegsgedenk-
Denkblatt-
Uhren. empfiehlt billig
Willy Westring, 32
Holstenstraße.
Bitte in Schaufenster zu beachten.

Ausschuss für Kriegshilfe.

5-Pfund-Eimer 2.—M.
ausgewogen 1# 0,45 M.

Verkauf an jedermann in der Markthalle, Beckergrube 19,
Einfahrt, Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitags vorm. 9—1 Uhr.

Zum 1. Januar 1916 jüngerer

Hausbursche

gejucht. (5114)

Adler-Drogerie

Schwartau.

Backbrot u. Plaum. zu verf.
7. 40 u. 50 g. Rottmigitr. 29.

Zu verf. ihm. & neuer Son-

nenmonden-Auszug für 10 M. Ob.

mäßigter Vogelsauer.

5116 Untertröste 26.35.

Eine Rose Damenschiefel. Gr.

40 zu verkaufen. (5101)

Warendorfer. 9. II.

Zu verkaufen ein braunes, sehr
neues Gesellschaftskleid,

Größe 46. (5108)

Krau Hack. Rottmigitr. 39.

Große Pappeklade, einfache
Kleiderkästchen u. gr. Tischkästchen
zu verkaufen. (5000)

Adlerstr. 35 b. I.

Spiral-Hofentrüger,

praktisch und bequem, zu verf.

5063 Rottmigitr. 68.

Eine Stütze, Eselmarkel, Bel-

zuküze und Pelzhandtücher billig
zu verkaufen. (5097)

Zu melden Glashäuschen. 55. 3.

Spitzenkästchen. (5111)

Grünkohl!

bei zu verkaufen. (5112)

Elsermann, Greifswalderstr. 6.

Haushaltsumpfe 3-4 p. Bid.

Wolle 30-4 p. Bid.

Öfen zu kaufen gefunden.
5137 Waisenholzstr. 25.

Gute getrag. Arbeits-Schleife
u. Schuhe kann z. hoch. Preis.

A. Pohl, Marlesgrube 44.

Zum Dien. und Sonntagnitzen
empfiehlt sich.

M. Eicklig, Dößer. (5112)

Spitzenkästchen. (5111)

Über-Reparaturen.

Billige Preise. (5197)

Gr. Auswahl in Wand-
Tisch-, Weck- und
Taschenuhren.

Hermann Voß,
Frymacher. Hörestr. 31.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**

Zahlstelle Lübeck.

Auszahlung der Weih-
nachts - Unterstützung am

Wittwoch, d. 22. Dezember,
nachmittags von 2—8 Uhr,

im Bureau, Johanniskirche
50—52, 1. Eig.

Unterstützungsberechtigt ist jedes

deutsche Kind, welches
zum Kriegsdienst eingezogen ist.

Auch die Eltern außer ge-
fallenen Kriegsteilnehmern erhalten die
selbe Unterstützung.

Die Lokalverwaltung.

NB. Der rote Kreuzdienst
ist verpflichtet, die Aus-
zahlung früher nicht zu rast.

5016

5105

empfiehlt sein

5105

5105

5105

5105

5105

5105

5105

5105

5105

5105

5105

Der hinkende Friede.

Das mutigste Blatt Frankreichs, der sozialistische „Populaire du Centre“, wendet sich in einem (von der Zensur allerdings verstimmt) Leitartikel gegen die Phrase vom hinkenden Frieden. Diese in Frankreich von der großen Bourgeoisie, der Presse der Rüstungsspezialisten und Lebensmittel spekulanten, der Presse der Bucherer und der vaterländischen Anleihensinistrate, ausgegebene Parole, die da jähren Frieden als hinkenden Frieden bezeichnet, der nicht die Vernichtung Deutschlands zur Voraussetzung hat, heißtt heute in Frankreich eine beinahe monovariantige Gelung. Diese Presse und die von ihr gemachte Stimmung, die den dauernden und ganzen Frieden nur von der vollständigen Niederwerfung Deutschlands erwartet, sind das stärkste Friedenshindernis in Frankreich.

Der „Populaire“ wendet sich deshalb an jene mit der Aussicht: „Sagt uns endlich klar und bestimmt, was ihr unter einem hinkenden Frieden versteht. Ist jeder Friede ein hinkender Friede, der nicht auf der vaterländigen Unterwerfung Deutschlands sich aufbaut?“ Und dann: „Was versteht ihr unter der „vollständigen Vernichtung“ Deutschlands?“ Auch hierüber muß man sich aussprechen, den Gedanken entwickeln, die Leute anzuläutern über den Zweck, den man verfolgt und über die Mittel, über die man verfügt, um diesen Zweck zu erreichen.

Was die Geschichte nie verstanden, nie entschuldigte und nie verziehe jenen Staatsmännern, Zeitungsschreibern und Regierenden, wäre das, wenn sie das in Seite und Fleisch zermarterte Europa dem Abstand näher getrieben und es im Namen hohler, sinnloser Worte und lärmenden, unnützen Formelkram gehindert hätten, die Friedensglade zu läuten zu einer Stunde, da Vernichtung und Tod noch nicht jede Hoffnung zerstört hatten.

Auskündigen, daß solange vom Frieden nicht die Rede sein könnte, ehe Deutschland, Österreich, die Türkei und Bulgarien besiegt und an allen Fronten aufgerichtet seien und um Gnade bitten, das heißt mit brutaler Gewissenslosigkeit jedes Vermittlungsanerbleiben, jeden Vorschlag zur Unterhandlung mit den Feinden, jede Initiative, die auf den Frieden abzielt, selbst wenn wir dabei etwa das erhalten sollten, was der von Renaudel in die Enge getriebene Kammerpräsident als Friedensziel bezeichnet hat, von sich weisen.

Nein! Einzig in der Vernichtung des Gegners will man den Schlüssel des Problems finden und nicht im Kompromiß eines hinkenden Friedens.

Hinkender Friede! Das soll heißen, daß der Krieg in zehn Jahren von neuem beginnen würde!

Durch das beständige Wiederholen dieser Worte gesangt man schließlich dazu, sie für unverrückbare, heilige Wahrheiten zu halten, außerhalb deren es nichts gäbe als Albertheten und Landesverrat.

Wir haben in guten Treuen versucht, das zu verstehen. Aber es gelingt uns nicht.

Wir wünschten, solange der Kapitalismus die Staaten und die Menschen beherrscht, keinen Frieden, der nicht in ihnen hinkende wäre, der nicht in sich die Keime eines künftigen Krieges trüge.

Sehen wir selbst die Möglichkeit voraus, daß das Ziel, von dem man uns sagt, daß es die Anstrengungen des Bierverbandes frönen werde, in sechs Monaten, in einem Jahre oder mehr zu erreichen wäre. Dann werden der heut so furchtbaren Zahl der vom Kriege getöteten und verstimmt Menschen neue Millionen hinzugefügt sein. Fabelhafte Summen, neue Millionen werden ausgegeben sein und die Schuldenlast der Völker und die Gefahr ihrer wirtschaftlichen Erschöpfung wird sich aufs äußerste erhöht haben. So wird die Bilanz aussehen.

Dafür wollen dann die Verbündeten einen Sieg in den Annalen ihrer Geschichte eintragen.

Die zugrunde gerichteten, blutenden Völker, die in ihrem Leiden und ihrer Verzweiflung einen schrecklichen Anblick bieten, werden dann versuchen, ihr politisches und soziales Leben von neuem zu wecken. Schreckliche Krisen werden sie heimsuchen.

Der wirtschaftliche Kampf, die Konkurrenz werden neue Gegenstände erwachsen lassen.

Der Kapitalismus mit seinen Formen der Ausnutzung der Arbeit, mit seinem unvermeidlichen Militarismus und Imperialismus, wird die einzelnen Glieder der Gesellschaft gegeneinander richten und die Grenzen von Vasallen und Untergangsländern lassen. Er trägt in Permanenz in sich den Kampf des einzelnen und den Krieg von Volk gegen Volk.

Die Gegenwärtigkeit der Interessen, die Rivalitäten der wirtschaftlichen Konkurrenz, führen heute oder morgen zu neuen gewalttätigen Konflikten innerer oder äußerer Art.

Der Kapitalismus wird, so lange er besteht, dumpfe Feindseligkeiten, latente Streitigkeiten unterhalten, welche durch die Diplomatie und das Spiel der Allianzen so verschwommen werden, bis der furchterliche und brudermörderische Krieg von neuem an die Tore der Städte vorst.

Jeder Friede wird demnach, welches auch die Ergebnisse des letzten Krieges sein mögen, notwendigerweise ein hinkender, ungewisser, zerbretischer Friede sein, so lange nicht die Völker das sozialistische Fundament der Gesellschaft ausgestrichen und gelegt haben werden, auf dem erst die Wiedervereinigung der Menschen und der dauernde Friede der Nationen sich erheben können.

So das französische Blatt, dessen Stimme beweist, daß sich die Vernunft auch in Frankreich durchzusetzen beginnt.

Lohnsysteme in der kurländischen Landwirtschaft.

Die Tatsache, daß in Kurland der Großgrundbesitz und der großbürgerliche Betrieb vorherrschen, der kleine Bauernhof, der mit freien Arbeitskräften wirtschaftet, so gut wie unbekannt ist, könnte zu der Annahme verführen, die Entlohnungsmethoden seien hier einfach und einheitlich. Das ist jedoch durchaus nicht der Fall. Vorstufe auch in Kurland der auf Naturabzug und Geldlohn beruhende Gutsarbeiter überwiegen, daneben sind hier aber noch andere Lohnformen ähnlich stark verbreitet. Eine davon könnte man als Naturalentlohnung, die andere als solche der Gewinnverteilung bezeichnen. Außerdem ist noch eine Form der Entlohnung im Schwange, bei der die Abgabe von Naturalien aus Kosten höherer Geldlöhne vermindert worden ist. Jedoch ist diese Art der Lohnzahlung nur wenig in Uebung.

Der Guts- oder Lohnknecht empfängt außer seiner vorher für das Jahr festgesetzten Geldsumme noch freie Wohnung, beackertes Land, Lebensmittel, Stallung für Vieh und Viehhälter. Ein Unterschied in dem gesamten Lohnwert ergibt sich in der Haupttasse aus der verschiedenen Güte der Naturabzüge und der Verminderungsmöglichkeit für das zum Verlust gemähte Vieh. Wer in der Nähe eines aufnahmewilligen Absatzmarktes wohnt, schlägt vor eine Kuh oder ein jütes Schwein immer einige Rubel mehr heraus, als der Verkäufer weiter von einem größeren Verkehrspunkt. Eine gewisse Rolle spielt wohl auch noch das Maß ökonomischer und sozialer Einheit bei den landwirtschaftlichen Unternehmern. Der eine glaubt, den Arbeitseifer anzuspornen, indem er bei der Ausmessung der Naturabzüge etwas über die vereinbarte Menge hinausgeht und mehr den wohnsitzenden Patriarchen, als den krass nur sein Interesse wahrnehmenden Herrn heraushebt. So unterhält eine Reihe von Großgrundbesitzern auf ihren Gütern zur allgemeinen urentgleichen Benutzung je einen Arzt und eine Apotheke, man kümmert sich sogar etwas um die kleinen Kinder, wenn die Mütter beim Gutsherrn arbeiten, nimmt durch Geschenke und sonstige Aufmerksamkeiten an den Familienereignissen Anteil. Andere Besitzer hinwieder verzögern, den Arbeitern von den vereinbarten Bezügen noch etwas abzunehmen, der Arbeiter ist ihnen kaum mehr als ein sachliches Arbeitsmittel, das man nach Möglichkeit ausnutzt. Nach mir gemachten Versicherungen, deren Richtigkeit ich allerdings nicht nachprüfen konnte, sollen im allgemeinen die Arbeitsverhältnisse auf den großen Gütern etwas günstiger liegen, als bei den bürgerlichen Besitzern. Angeblich haben diese daher auch viel mehr mit dem Arbeitermangel zu kämpfen als die Großgrundbesitzer. Die auch in Kurland viel beklagte Landflucht löst darauf schließen, daß den Arbeitern die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zusagen. Die in den letzten Jahren stark geförderte Ansiedlung von deutschen Kolonisten soll u. a. auch als Mittel dienen, der Landflucht zu begegnen und den Gütern aus der Schar der kinderreichen Kolonistenfamilien Arbeiter zu sichern.

Die nachfolgenden Angaben sollen ungefähr den Durchschnitt der vertraglich festgelegten Beziehe der verhältniswerten Lohnknechte darstellen: Geldlohn 60 Rubel für das Jahr, ferner 18 Zentner Roggen, 11 Zentner Gerste, 3 Zentner Kleintorn (Guttergetreide), 80 Pfund Hafer, 120 Pfund Erbsen und 1/2 Morgen gedüngtes Landes, ungefähr 1/4 Morgen Gartenland, Hutter und Streu für 2 Kühe und 3 Schafe, Wohnung, Stallung und Brennholz. Den Mahllohn für das Getreide trägt der Unternehmer. Dagegen ist der Arbeiter verpflichtet, jeden Tag zur Arbeit zu erscheinen. Seine Frau ist gehalten, an 70 Tagen im Jahr für den Gutsherrn zu arbeiten. Für jeden Tag, den sie nicht auf dem Gut arbeitet, werden 40 Kopeken bezahlt. Die Arbeitszeit richtet sich nach der Jahreszeit, sie beginnt im allgemeinen morgens mit dem Hellewerden und findet mit hereinbrechender Dunkelheit ihr Ende. Die tägliche Arbeitszeit wird unterbrochen durch je 1/2 Stunde Pause, vor- und nachmittags, sowie im Sommer zwei, im Winter eine Stunde für die Einnahme der Mittagsmahlzeit. Die unverhältniswerten Lohnknechte, die vorwiegend von bürgerlichen Besitzern beschäftigt werden, deren Gehalt und Alter meistens 100—120 Morgen umfassen, erhalten außer Wohnung und Belebung für das Jahr 100 bis 120 Rubel, Flüsse 60 Rubel.

Bezeichnend sind der Geldlohn für jeden geleisteten Arbeitstag berechnet. In der Nähe von Libau werden die in einer Reihe von Besitzern landwirtschaftliche Arbeiten im Sommer und Herbst von Leuten übernommen, die im Winter im Hafen und in dessen Betrieben Beschäftigung finden. Der Hafenarbeiter in Libau ist im Winter größer als im Sommer.

Bei der Bewertung der Beziehe muß der Unterschied in der Kaufkraft des Geldes in Deutschland und Russland berücksichtigt werden. Die Preise für die notwendigsten Lebensmittel sind in Kurland erheblich niedriger als bei uns. Es mag hier nur erwähnt werden, daß in Friedenszeiten für eine Kuh 80 bis 100 Rubel bezahlt wurden. Die Einnahmen aus verkauftem Vieh sind daher für den ländlichen Arbeiter verhältnismäßig gering. Aus den niedrigen Lebensmittelpreisen hat er eher Nachteil als Vorteile, denn er kauft wenig; was er verbraucht, produziert er selbst oder es ist in seinem Naturallohn einbezogen. Sein Einkauf beschränkt sich im allgemeinen auf Kolonialwaren, Zucker und Tee. Was kostet zu seiner Lebensführung nötig ist, wie Kleidung, Wohnungseinrichtung und Genußmittel, muß er vielfach Gesichtswinkel betrachtet, hat eine Bargeldlöhnung eher eine geringere als eine höhere Kaufkraft wie die des gleich hoch entlohnten Arbeiters in Deutschland.

Eine ziemlich stark verbreitete, namentlich auf großen Gütern befindliche Form der Entlohnung ist die folgende: die sachlichen Arbeitsmittel stellen der Besitzer, Gebäude und Geräte gehören ihm. Für seine eigene Bewirtschaftung bekommt der Knecht — Landwirt genannt — ein größeres Stück Land als der Lohnknecht. Er kann anstatt einer Kuh deren zwei bis drei halten und zwei bis drei Schweine mehr mästen, als der Naturallohn und Bargeld bezeichnende Gutsarbeiter. Der Landwirt bekommt vom Besitzer kein bares Geld. Seine Leistung besteht darin, daß er eine um die andere Woche beim Gutsherrn arbeitet. Vielfach soll es jedoch üblich sein, daß der Landwirt einen erwachsenen Sohn oder einen Knecht an seiner Stelle zur Arbeitsleistung auf das Gut schickt. Die Nebenkosten einer Landwirtschaft bedingt schon das Vorhandensein eines kleinen Kapitals zum Ankauf von Mägden und Knechten. Der Landwirt kann auch durchhalten können, wenn er Pech mit dem Vieh hat, oder wenn eine Witwe keine Einnahme verhindert. Aus den Kreisen der Landwirte sollen vielleicht nach einer Reihe von Jahren Pächter und in der zweiten Generation von Besitzer hervorgehen.

Eine dritte Form der Entlohnung ist die einer Art Ertragsbeteiligung. Für den Arbeiter hat sie ebenfalls das Vorhandensein eines Anlaufs und Betriebsstapals zur Voraussetzung. Er bewirtschaftet mit eigenem Arbeitsmaterial, Geräten und Pferden das Land des Gutsherrn, dem auf die Wirtschaftsgebäude eigen. In der Regel sind mehrere solcher Arbeiter auf einem größeren Gut tätig, die gemeinschaftlich nach den Nutzungen des Besitzers oder seines Verwalters wirtschaften. Der Helfertrag wird geteilt, die Hälfte bekommt der Besitzer, die andere Hälfte wird natürlich auf die beteiligten Arbeiter verteilt. Diese Form des Arbeitsvertrages bezeichnet man als „Halbtorn“. Auch diese Form des Arbeitsverhältnisses wurde mir als Vorlage für den selbständigen Pächter und späteren Besitzer bezeichnet. Daß Lohnknechte (die eigentlich Gutsknechte) unvermittelt in die Reihe der Pächter oder Besitzer aufzuerufen, soll sehr selten vorkommen.

Vornehmlich der baltische Landarbeiter wird als sehr sparsame grümmig gejähmt. Seine Spargroschen fließen vielleicht in die von Besitzern gegründeten Spar- und Kreditklassen, aus denen die Grundbesitzer selbst Darlehen entnehmen. So werden die Arbeiter Kreditgeber ihrer Arbeitgeber. Düwell, Kriegsberichterstatter.

Im Hirtenhaus.

Eine oberfränkische Dorfgeschichte von Heinrich Schaumberger.

28 Fortsetzung.

Es traten auch Unwälzungen ein, auf welche sich der Einfach Schulz gar nicht oder nur unmittelbar erstreckte. Margelies häuchte oft, wenn das alte Mädel an Sonnabenden ihr Haar sorgfältig glättete und auf dem Wirbel zu einem dicken Knoten zusammen drehte, die altmodischen, lange sorgfältig geschnittenen Kleider hervorholte und sich in dem Bruchstück einer Spiegelscheibe sorgfältig beugelte. Was sie bezweckte, war untrüglich zu erraten; ihre zärtlichen Blicke auf den Hasenherle, ihr zärtliches, glückstrahlendes Wesen, solange sich der alte Pfiffus im Haus herumtrieb, sprachen deutlich genug. Und der Hasenherle war nicht blind! Aber diesmal ging er behutsam vor, beschäftigte sich vor den Augen der Hausgenossen vorzugsweise mit dem Hansnittel und wußte sich bald in dessen Gunst einzuschmeicheln. Lorenz wunderte sich im stillen oft darüber, konnte auch bei allem Sinnen keinen Grund dafür aussinden, warum Hansnittel in neuester Zeit so einsilbig gegen ihn wurde, ja ihm gesittlich aus dem Wege ging. Und doch war das so einfach und natürlich. Lorenz, der einfache, wahrhaftige Mann, empfand Mitleid mit Hansnittel, der sich wegen seiner eingebildeten Rechte immer mehr mit der Welt entzweit, sich ganz vergeblich abharmte und das Leben verdiente. Zwar freundlich, aber doch mit dem ihm eigenen Ernst, suchte der Hansnittel das Törichte seiner Meinungen und Vorstellungen, die — Beil und Schaukel vielleicht ausgenommen — keiner vernünftigen Grund für sich hatten, nachzuweisen. Aber diese Unfichten waren schon längst zu seiten Gebilden in Hansnittels Seele erstarrt, waren zu innig mit seinem ganzen Leben und Denken verwachsen, als daß er jetzt noch ihre Unhaltbarkeit hätte einsehen, sich von ihnen hätte befreien können. Sobald er auf dieses Gebiet kam, hörte sein vernünftiges Denken auf; stark und trocken behauptete er seinen Stand und hielt den für seinen Feind, der ihn von seiner Lage befreien wollte. So auch Lorenz, seit der Schulz rückwärts erklärte hatte, auch er lasse das Beil nicht anrühren, ward der Verdacht in ihm rege, ob nicht am Ende gar der Schreiner den Schulz gegen ihn gestimmt haben könnte? — Er teilte den Schulz gegen ihn gestimmt haben könnte? — Der Schulz sah den Hasenherle seine Befürchtung mit, und dieser machte kein Gewissen daraus, die Meinung des Alten zu bestätigen. Sollte er doch damit zwei Fliegen auf einen Streich, reizte Hansnittel gegen seinen alten Widerpart und setzte sich selber in einen Vertrauen fest. Seitdem kroten Hansnittel und der Herle viel in einander Watzeln herum, hielten lange Gebrüder zusammen, die den wunderlichen Alten städtisch erregten. Nur hörte man ihn murmur: „Suu? — Bin ich nicht ein anderer Kert als

der Schreinersdingrich? Was? — Ich? Und ich führ's durch, dem Schreiner zum Verger; was der kann, vermag ich auch! — Frei und aufrichtig schloß sich dagegen die Hirtenlang an Margelies an. Aber wenn auch sonst in allen Stücken ein Herz und eine Seele — über einen Bratt könnten sich die beiden Frauen nicht einigen. Die Hirtenlang haftete den Hasenherle und ließ sich nicht von der Margelies nicht abhalten, ihm alles erdenkliche böse anzuhören und anzutun. Die Hirtenlang dachten der Schwester empörten sie, darüber gab es viel Jatz; als jedoch alle Vorstellungen das Mädel nicht zur Vernunft brachten, klagte sie der Schreiner: „alte Hege schnappt gewiß noch über!“

19.

Der Eisenbahnschrecken.
Wiederholt der Vergleich mit der Kirchbäuerin angenommen, äußerlich ist: Ruhe hergestellt — in der Stille gärt es doch noch in vielen Köpfen. Die Hegecreien des Türkennenners trugen ihre schlimmen Früchte, die heimliche Unzufriedenheit der Nachbarn, die nicht vergessen konnten, daß der Henner von fünfzehnhundert Gulden geprochen, statt deren sie nur den dritten Teil erlangten, brachte noch viel Rumor und Streit im Wittshauses. Da kam von außenher abermals eine neuzeit, und bei ihrem Wehen war das Alte bald vergessen.
Schon öfter war die Rede gegangen, durch den Rottensteiner Grund solle eine Eisenbahn gebaut werden, und so oft das Gerücht aufstachte, geriet Bergheim in Aufregung. Warum, ist schwer zu sagen. Ein wunderliches Gemüth von übergläubischer Furcht vor der unverständlichen und darum grauenhaften Errichtung der Feuerwagen, die man naturgemäß mit dem Teufel in Verbindung brachte, und einer tief eingewurzelten Scheu vor jeder Neuerung, die die bequemen Gewohnheiten stören, den lieb gewordnen Schlendrian unterdrücken könnte, kam dabei auf. Und als nun wirklich die Ingenieure mit Stangen und Zähnen den Rottensteiner Grund durchzogen, ihre Meißkettchen über Saatfelder, Wiesen und Gärten hinwegschleppten und den funktigen Bahntörper abstießen, sahen die Bergheimer Nachbarn in voller Bestürzung beisammen. „Wirst ihr's können?“ berichtete der Hirtenlang, der, von der Hauptstadt heimkehrend, sofort in sein Wittshauses eilte. „s' ist gewiß, ganz gewiß mit der Eisenbahn!“ „Dass sich Gott im Himmel erbarm“ jammerte die Wirtin, der vor Schrecken fast die eben gefüllten Biergläser aus den Händen gefallen wären.
Große Aufregung unter den Gästen folgte diesen Worten: als sich die erste Befürchtung etwas gelegt, begann der alte Schäferspeter: „Ich muß dummk fragen — wie s' eigentlich mit den Eisenbahnen?“ „Narr, versteht denn das Wort nicht?“ belehrte ihn der Michelshäner.

Wer weiß wie weit, die ist spiegelglatt Sommer und Winter, darauf laufen die Schlitten den einen Berg runter und gleich den andern nauf. So gehts immer fort!“

„Dummheit,“ brummte der Nikolspauls, der im Winter viele Bücher las und sich auch eine Zeitung hieß. Mit der eisernen Schlittenbahn, soll das Grund. Aber darauf Jahren rüchtige Wagen mit Rädern und wort dran ist eine Rauchhalle, die plustert den Rauch mit arger Gewalt raus, und bei jedem Plusterer gibt der Rauch den Wagen 'nen Stoß — und fort geht's, wie tausend Million!“

„Gott behütt und bewahr' uns in Gnaden,“ jenste Peter. „Das geht über die Natur! — Ein Wagen, der plustert, und Rauch, der stößt! — Hat man je so was erlebt?“

„s' wird halt ein Rauch danach sein,“ meinte der Schneider.

„Ihr versteht mit'nder nichts,“ rief Pauls, selber ganz erstaunt über seine Weisheit. „Was gibt denn der Flinten die Gewalt — he? — Nichts anders als der Rauch vom Pauls!“

„Doch dich der Hund heißt,“ sagte der Grundmüller ganz erstaunt. „Jetzt glaub' ich, daß der Rauch stößt! Hab' ich einmal meine Flinten überladen, trieg' ich auch Ohfseigen beim Schuß, daß mix's Feuer vor den Augen fügt!“

„Holla, nichts ist's,“ kriete eine vorlaute Stimme. „Da ging ja die ganze Geschichte hinter sich! Wenn ich meinem Alten seine Flinten losziehen muß, lieg ich alsfort auf'm Boden!“

Narr, halte die Flinten hinter dich und schick rückwärts, nachher liegt du gleich auf der Nalei, entgegne Pauls überlegen. „Dann eben wird die Rauchhalle verkehrt vorgespannt. Auf allen Bildern sieht man auch, wie der Rauch zurückfährt, drum muß ja die Chaise vorwärts!“

„Geht weg, das ist Trüffelwerk,“ sagte der Schäferspeter und stand auf. „Ich dank meinem Herrgott, daß ich so alt bin, ein gutes Ende nimmt das einmal nicht. Wunsch eine grüßsame Nacht!“

„Der Peter hat recht, wenngleich das mit dem Teufelswerk dummer Übergläube ist,“ meinte der Schneider, den die Nachbarn einen Kritiker (Kritik, nachzulenden Menschen) nannten. „Was geht allein für Eisen auf bei solchem Bahnbau — mögt' wahrhaftig pilzen, wo zuletzt das ewige Eisen herkommen soll!“

„Schmid, daß du dir noch einen richtigen Vorrat Eisen einlegst,“ schrie der Edenhansrieder. „Um leusend Gottes willen, ihr Nachbarn, was soll draus werden? Womit wollen wir insfürstig unser Gerät beschlagen?“

„Und was erst solch ein verfluchter Feuerwagen für Holz braucht“ lagte der Wagnerpauls. „Mir wirds grün und blau bei der Geschichte. Naiv, naiv Hötzle (Wäldchen) werden bald weggeputzt sein!“

(Fortsetzung folgt.)

